

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbefreiungsbefreiung. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jahressch 150 Nummern.

Leipzig, den 18. März 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 31.

Die christlichen Gewerkschaften.

XVII.

Ist man an Giesberts vorübergegangen, dem wahrlich kein Übermaß von Logik und Konsequenz nachgeredet werden kann, verlohnt es sich kaum, sich mit den übrigen christlichen Gewerkschaftsführern zu beschäftigen, denn außer den paar Arbeitspferden, die es in jeder Organisation gibt und die immer im Geschirre laufen müssen, haben wir es samt und sonders nur mit ausgemachten Zentrumsnullen zu tun, die in ihrer parteipolitischen Zetnmühle schlecht und recht den an sie gestellten Anforderungen, die christlichen Arbeiter im Zentrumsgeist zu erziehen, genügen. Trotz alledem wäre es aber Torheit, an einigen dieser Führer vorüberzugehen, denn ihre Tätigkeit ist eine derart arbeiterfeindliche und steht so außerhalb jedweden gewerkschaftlichen Begriffs, daß diese Feststellung mit zu dem Bild über den Inhalt der christlichen Gewerkschaftsbewegung gehört.

Arbeiten diese nun alle, wie gesagt, im Sinne der Zentrumspartei, so ist doch einer darunter, der dies vielleicht nicht beabsichtigt, aber doch den gleichen Erfolg erzielt. Es ist dies Franz Behrens, der Vertrauensmann und allzeit willige Interpret des Willens und Wollens des Herrn Vizentiat Mumm. Unsern Lesern sind beide Herren schon seit langem bekannt, und wir haben schon an anderer Stelle in dieser Abhandlung auf die Stöckersche Richtung im evangelischen Arbeiterlager hingewiesen, auf ihren politischen Ausdruck in der christlich-sozialen Partei und deren Zusammenwirken mit der „Kirchlich-sozialen Konferenz“ und der „Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“. Diese Institutionen suchen auch die christliche Gewerkschaftsbewegung zu beeinflussen. Mitten in diesem Kaleidoskop steht Behrens, keine charakteristische Persönlichkeit, sondern nur das „Schreibmaschinenfräulein“ des Herrn Mumm, denn dieser, des verstorbenen Hofpredigers Stöcker Nachfolger in der christlich-sozialen Bewegung, ist sowohl der Heerführer für den deutschen Arbeiterkongress wie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Die Herren Mumm und Behrens arbeiten aber nur insofern mit Aussicht auf Erfolg, als es ihnen neben und mit oder richtiger durch das Zentrum gelingt, den bürgerlichen Parteien immer mehr die christlichen Arbeiter zur beliebigen Verwertung in die Hände zu spielen. In der Bekämpfung der freien Gewerkschaften gehen Mumm und Behrens (siehe „Das Reich“) noch feindseliger und reaktionärer vor als das Zentrum. Es entspricht dies dem Unvermögen der Christlich-sozialen, aus eigener Kraft auch nur den bescheidensten politischen Einfluß gewinnen zu können, und aus unsren früheren Darlegungen ist schließlich hervorgegangen, welche bescheidene Rolle als Mauerblümchen den evangelischen Arbeitern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zugewiesen ist. Sie sind ja auch sonst so leicht zu befriedigen. Kaiser-telegramme, Ministerworte, die Verbeugung eines Oberregierungsrats, eine wohlwollende Geste von führenden Personen aus konservativen Kreisen u. dgl., und der christlich-soziale Behrens und sein Mentor Mumm sehen den Himmel voller Waßgeigen hängen. Je bedeutungsloser, oberflächlicher und nichtstagen-der die Zustimmung ist, die sie von „oben“ für ihr „Wirken“ finden, desto glücklicher sind sie.

Es geizt sich zunächst wohl, daß wir den Herrn Behrens sich selbst vorstellen lassen. Er sagt nämlich im Parlamentsalmanach von seinem Lebensgange: Lernte 1886—1889 als Gärtner, arbeitete als solcher in Berlin, Dresden, Halle. 1895—1903 Sekretär und Geschäftsführer des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins; 1898—1902 Sekretär des Evangelischen Arbeitervereins Berlin; 1903—1905 Arbeitersekretär der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland; 1899—1903 Redakteur mehrerer Zeitungen; 1905 Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute Deutschlands; zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften; Vorstandsmitglied des deutsch-nationalen Gärtnerverbandes, der kirchlich-sozialen Partei, des Arbeiterwahlausschusses des Evangelischen Arbeitervereins, der freien kirchlich-sozialen Konferenz, der Gesellschaft für Sozialreform, der Bodenreformer. Außerdem ist Herr Behrens noch Vorsitzender des christlich-nationalen Arbeiterkongresses. Das genügt wohl für den Anfang und die Hülfsfertigkeit des Herrn Behrens. Daß er dabei nicht eins seiner Ämter richtig ausfüllen kann, liegt auf der Hand.

Nachdem Brust am 30. Oktober 1904 von seinem Posten als Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute „zurückgetreten“ war, trat an seine Stelle der Bergmann pardon Gärtner Behrens. Kein Wunder, daß die christliche „Baugewerkschaft“ schreiben konnte:

Eine kluge Zeitung mußte infolge der politischen Komplikation, in der der Kollege Behrens stand und steht, unliebbare Verwicklungen befürchten und deshalb vorbauen. Aber ja, die Zeitung! Uns scheint, der Gewerkschaftsverein hat heute überhaupt keine Zeitung. Jeder Beamte arbeitet für sich und hält sich für eine erste Autorität, der niemand mehr etwas weismachen kann. . . . Wir wollen gewiß niemand zu nahe treten, wollen auch die Fehler der früheren Zeitung nicht vertuschen, aber das eine sagen wir, eine derartige Verfahrensweise wie sie zurzeit im Gewerkschaftsverein besteht, wäre früher nicht möglich gewesen. Dem Gewerkschaftsverein fehlt heute die Einheitlichkeit des Willens und des Handelns. Tritt darin keine Änderung ein, muß das früher oder später zum Nachteile der christlichen Bergleute und der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung führen . . .

Im Zusammenhange mit dieser Kritik steht das Verhalten des Herrn Behrens zum sogenannten „Sprachenparagrafen“ im Reichsvereinsgesetz. Obwohl fast ein Drittel der Bergleute fremdsprachig ist, brachte es Behrens fertig, für den Sprachenparagrafen, der in den Versammlungen der Arbeiter keine andre als die deutsche Sprache zuläßt, zu stimmen, dann ließ es die Konsequenz des Herrn Behrens zu, in der dritten Lesung gegen den betreffenden Paragrafen zu stimmen, und bei der Abstimmung über das ganze Gesetz enthielt sich Behrens der Stimme! Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn damals die ultramontane „Essener Volkszeitung“ behauptete, Behrens' „fehle die politische Reife für die Wahrnehmung eines parlamentarischen Mandats“. Für die Abstimmung Behrens' ist es bezeichnend, was darüber der antisemitische Reichstagsabgeordnete Köhler schrieb:

... Es ist den Deutsch-Sozialen durch ihren Terrorismus gelungen, meinen Freund, den christlich-sozialen Abgeordneten Behrens (man kann fast sagen) zu zwingen, mit ihnen für den Sprachenparagrafen und andre freiheitsbeschränkende

Bestimmungen zu stimmen. (Ich rief dem Ungeordneten Behrens damals zu: „Über Franz, was tußt du da!“)

Die Abstimmung des Herrn Behrens, womit er dem Grubenkapital einen Dienst erwies, war ihm freilich um so geläufiger, als Behrens aus seinem reaktionären Blockherzen keine Mörbergrube macht. Ihm stehen eben die Interessen des Kapitalismus höher als die der Arbeiter. Im Februar 1908 („Holzarbeiterzeitung“ vom 22. August 1908) hatte er in der christlich-sozialen „Arbeit“ seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der Bergbau im Ruhrrevier ungenügend im Reichstage vertreten sei, weil dort kein einziger Werksbesitzer gewählt sei. „Im Interesse der Vertretung des deutschen Bergbaues ist aber eine sachmännische Vertretung im Reichstage nötig. Ebenjotig wie christlich-nationale Arbeiter des Saarreviers den Großindustriellen v. Schubert in den Reichstag gefandt haben, würde dies auch im Ruhrreviere möglich sein, wenn die maßgebenden Faktoren des Ruhrbergbaues das alte unmögliche System aufgeben und als praktische Menschen sich auf den Boden der gegenwärtigen Konstellation und der vorhandenen Situation stellen.“ Derselbe Herr Behrens brachte es auch bei der Stadtverordnetenwahl in Essen fertig, sich im Stadtteile Rüttenscheid von dem nationalliberalen Wahlkomitee, dem die ausgesuchtesten Scharfmacher angehörten, als Kandidat für die dritte Abteilung aufstellen zu lassen, um dadurch für die zweite Abteilung die Wahl eines nationalliberalen Oberscharfmachers zu ermöglichen. Und so was nennt sich „Arbeiterführer“! Jedes weitere Wort der Kritik ist tatsächlich überflüssig.

In der christlichen Gewerkschaftspresse knüpfte sich an das Verhalten Behrens' in gedachter Sache ein reger „Meinungsaustausch“. Dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (Nr. 9 von 1908) war die undankbare Arbeit aufgetragen, Herrn Behrens herauszufahren. Selbstverständlich billigte ihm das Blatt alle milderen Umstände zu, Behrens habe ehrlich gehandelt, das Beste gewollt usw. Drohend war vom „Reich“ und der „Arbeit“ den christlichen Gewerkschaften zugerufen worden: „Hinter Behrens steht geschlossen wie ein Mann die evangelische Arbeiterkraft. . . Dies mag man sich allerwegen merken.“ Der „Reichsbote“ schrieb zu einem von ihm zitierten Artikel der „Frankfurter Zeitung“ u. a.:

Es ist bekannt, daß die katholischen Bischöfe schon lange gegen die christlichen Gewerkschaften mit ihrer Vereinerung von katholischen und evangelischen Arbeitern gekämpft haben und rein katholische Gewerkschaften unter Leitung von Priestern verlangten. Die jetzige Bewegung scheint darauf hinauszuweisen, die Scheidung zu vollziehen. Als Anlaß dazu wird die Stellung von Behrens zu dem Vereinsgesetz ergriffen. Die christlichen Gewerkschaften sind als Anhänger und Wähler des Zentrums gedacht und als solche auch immer auf den Katholikentagen vertreten. Da nur Behrens, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften ist und im Siebenerausschusse sitzt, sich im Reichstage für das Vereinsgesetz erklärt hat, so steht man in Zentrumskreisen darin offenbar eine Gefahr, daß die Gewerkschaften nicht mehr vollständig dem Zentrum folgen würden, und sucht deshalb durch eine Abführung von Behrens diese Gefahr zu beseitigen. Deshalb fällt denn auch die Zentrumspresse wütend über Behrens her. Es tritt also ein, was wir von Anfang an befürchtet haben, daß die katholische So-

lierungstendenz die katholischen Arbeiter nicht mit den evangelischen in den Gewerkschaften zusammen lassen wird. Die katholischen Vereine sollen der Zentrumspolitik mit ihren demokratischen Tendenz folgen, während in den evangelischen Arbeitervereinen ein staatsstreuer, mehr konservativer Geist waltet. Beides verträglich sich auf die Dauer nicht miteinander. . . Daher der Gegensatz gegen die christlichen Gewerkschaften, daher aber auch die Gefahr für die Evangelischen in diesen von der Zentrumspolitik beherrschten Vereinen. Es wäre ja schön, wenn die Vereinigung auf der allgemeinen Grundlage der christlichen Weltanschauung stattfinden und segensreich wirken könnte, aber die katholische Hierarchie duldet das nicht; sie verlangt überall schärfste konfessionelle Scheidung, weil sie darin die Grundlage für ihre Herrschaft sieht.

Das „Zentralblatt“ war sich klar über diese Situation, denn es sagte dazu: „Kurz und gut, der Fall Behrens wurde glücklich zu einer evangelischen Sache gestempelt. Das ist wohl die gefährlichste Seite der ganzen Angelegenheit.“ Zu dieser Besichtigung hatte es um so mehr Anlaß, als von ihm ein Artikel aus der „Frankfurter Zeitung“ wiedergegeben wurde, in dem mit einer Spaltung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gerechnet wurde. Die Angriffe gegen Behrens in der Zentrumspresse und im „Bergknappen“ gingen „von einer kleinen, aber mächtigen Gruppe innerhalb der Gewerkschaftszentrale“ aus, die von dem früheren, auf gleiche Weise besetzten Vorsitzenden des Gewerkschafts, dem Zentrumsabgeordneten Brust, als „Imbusch-Nique“ bezeichnet wurde. Dann werden die Machinationen klargelegt, denen Behrens und später Effert zum Opfer fallen sollten. Das Ganze ist übrigens eine schmutzige Sache, wie die Christen untereinander und gegeneinander intrigieren und wie vom Zentrum politische Mandate ergattert werden sollen. Von diesem Artikel in der „Frst. Ztg.“ nun sagt das „Zentralblatt“, daß er nur von jemandem herrihren könne, „der irgendwie streng vertrauliche Dinge erfahren hat“. „Es wäre wirklich wünschenswert, wenn das „Reich“ uns beistünde, den Urheber dieses Artikels herauszufinden, da hier ganz bestimmt ein grober Vertrauensbruch vorliegt. . . Wie diese vollständig interne Angelegenheit, die mit der Behrensaftäre absolut in keinem Zusammenhange steht, der Frankfurter Zeitung“ bekannt geworden ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Wenn nicht ein unglücklicher Zufall mitgespielt hat, so muß auf einen großen Vertrauensbruch geschlossen werden, der aber nur von einem Dritten ausgeübt worden sein kann.“

Diese letztere Angelegenheit hat zwar direkt mit dem Verhalten des Abgeordneten Behrens im Reichstage nichts zu tun, aber es gehört zu diesem Kapitel, denn es ist hochinteressant, wie hinter den christlichen Koulissen die Rabalen spielen, der Sturz unliebsamer Personen betrieben und Abgeordnetenmandate „gehandelt“ werden. Daß die in die Öffentlichkeit gedrungene Kenntnis über solche Tatsachen dem „Zentralblatt“ als „ein unglücklicher Zufall“ erscheint, ist uns sehr verständlich.

Wachte nun auch der „Bergknappe“ schreiben, daß die Mitglieder und Vertrauensleute des christlichen Gewerkschafts empört seien über die Abstimmung des Generalsekretärs Behrens, der Ausschluß des Gesamtverbandes deckte ihn, denn man durfte es eben noch nicht auf den Bruch ankommen lassen. Radikal ging nur der polnische Berufsverein der Bergleute gegen Behrens vor, denn der genannte Verein erklärte in einer Zuschrift an den Vorstand des Gewerkschafts christlicher Bergleute, wie die „Münch. Post“ mitteilt, „es sei den Vertretern des Berufsvereins nicht mehr möglich, mit dem Abgeordneten Generalsekretär Behrens in der Siebenerkommission (die seit dem Generalkongreß 1905 bestehende gemeinsame Kommission der vier Bergarbeiterverbände Deutschlands) zusammen zu arbeiten“. Seitdem ist die Siebenerkommission außer Funktion getreten. Die Nichtbeteiligung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter an dem Berliner Kongreß ist eine weitere Folge des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens des Herrn Behrens. Durch die Weimantlung des Falles Behrens ist der Gewerk-

vereinsvorstand in die Zwangslage gekommen, entweder statt seines Generalsekretärs einen anderen Vertreter in die Siebenerkommission zu delegieren oder dem Herrn Behrens zuzuliebe auf das allgemeine Arbeiten mit den anderen Berufsgenossen zu verzichten. Der Gewerkschaftsvorstand hat das letztere vorgezogen.

Die Abstimmung des Herrn Behrens läßt ihn aber nach den seinerzeitigen Enthüllungen in der „Bergarbeiterzeitung“ (6. Juni 1908) nicht als Alleinschuldigen auf der Anklagebank Platz nehmen. Dies erklärt sich aus folgendem Sachverhalte, wie ihn die „Bergarbeiterzeitung“ schildert. Der „Gesamtauschuß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ hat im Januar 1908 an den Reichstag eine Petition gegen die gewerkschaftsfeindliche Fassung des Reichsvereinsgesetzes gelangen lassen. Sehr ausführlich nimmt die Petition Stellung gegen den Sprachenparagraphe, für dessen Ablehnung ziemlich dieselben Gründe ins Feld geführt werden, wie sie von freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vertretern in der Kommission und im Plenum gemacht worden sind. Die Ansichten auch des christlichen Gesamtausschusses über die vielumstrittenen Gesetzesbestimmungen konnten also gar nicht zweifelhaft sein. Der Abgeordnete Behrens ist zweiter Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsausschusses, der jene Petition einreichte. Behrens hat die Petition also mit eingereicht. Und er stimmte dagegen! Der Rede kurzer Sinn ist also der, daß trotz der von ihm mitunterzeichneten Eingabe Behrens gegen dieselbe gestimmt hat. Nachträglich haben ihm seine anderen Kollegen im Gesamtausschusse trotzdem ein Vertrauensvotum ausgestellt, so daß also Giesberts, Schiffer, Effert, Wiebeberg usw. mit dafür verantwortlich sind, wenn Behrens das Blockinteresse über die Gewerkschaftsinteressen gestellt hat. Hatte man ihm schon vorher aus Gründen der „parteilichen Neutralität“ freie Hand gelassen; und wenn ja, wo bleiben da die Gewerkschaftsinteressen? Und warum haben dann im Reichstage die Zentrumsvereine die Zustimmung zum Sprachenparagraphe als eine arbeiterschädigende und freizügigkeitsfeindliche Tat gebrandmarkt? Hat Behrens bei der Beratung im Gesamtausschusse schon darauf verwiesen, daß er gegen den betreffenden Paragraphen stimmen werde, und wenn nicht, warum ist man dann gegen Behrens nicht eingeschritten? Hat der Gesamtausschuß für den Fall, daß Behrens erklärte, nicht für die Gewerkschaftsanträge zu stimmen, dies dem Vorstande des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter mitgeteilt, auf daß dieser Behrens festlegen konnte? Oder dürfen und können aus Gründen der „Neutralität“ bei den christlichen Gewerkschaften deren Führer in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete die Gewerkschaften für die Interessen des Großkapitals opfern? Das ist allerdings von evangelischer Seite ausgesprochen worden, indem man Behrens als Abgeordneten für unverleglich und völlig frei und unabhängig erklärte, der als Abgeordneter tun und lassen könne, was ihm beliebt, gleichviel ob es sich für oder gegen seine Gewerkschaft richte. Allerdings, für eine solche „Neutralität“ haben wir kein Verständnis. Das Interessanteste ist aber, wie die „Bergarbeiterzeitung“ feststellte, daß Fürst Billow am 24. Oktober 1907 den Kongreßdelegierten Behrens, Schiffer, Schäd, Wiebeberg, Wieber, Kratoziel und Fräulein Behm mitteilte, daß er einen Sprachenparagraphe zum Reichsvereinsgesetz bringen werde! Im Kongreßprotokoll ist auch die Antwort des Reichskanzlers mitgeteilt, doch ist kein Wort von dem Sprachenparagraphe in der im Protokolle mitgeteilten Antwort Billows zu lesen! Diese für das gesamte Gewerkschaftswesen Deutschlands so ungemein wichtige Tatsache haben die Kongreßdeputierten der Öffentlichkeit verheimlicht! Die „Bergarbeiterzeitung“ sagt dazu:

Im Falle des Sprachenparagraphe handelte es sich um ein Attentat gegen die Arbeiterschaft! Wer von derartigem Kenntnis erhält und stillschweigt, macht sich des Attentats mitschuldig! Von den Wissensten ist mehrere auch im Gesamtausschusse der christlichen Gewerkschaften“. Ihnen war also schon im Oktober 1907 positiv bekannt, daß das Reichsvereinsgesetz zu einem Attentat auf die nichtdeutschsprechenden

Gewerkschaftsmitglieder benutzt werden würde. Der Zentrumsführer Gröber hat in seiner großen Reichstagsrede am 8. April 1908 dieses Attentat eine unchristliche Gewaltpolitik genannt. Was für eine Gefahr verbieten Gewerkschaftsangeordnete, die monatelang vorher aus dem Munde des ersten Reichsbeamten erfahren von der Absicht, diese unchristliche Gewaltpolitik durchzuführen, und das vor der Öffentlichkeit, vor der Arbeiterschaft verheimlichen, nichts tun, um rechtzeitig eine Protestbewegung der Bedrohten in die Wege zu leiten?

Der „Fall Behrens“ geht also nicht nur diesen, sondern dem Gesamtverbande resp. Gesamtausschusse der christlichen Gewerkschaften an und verurteilt ihn vor der gesamten Öffentlichkeit in Grund und Boden als arbeiter- und gewerkschaftsfeindlich!

Wie sich die Herren selbst ins Gesicht schlagen, mag auch folgende Tatsache beweisen. Der christlich-nationale Arbeiterkongreß 1907 in Berlin faßte u. a. auch folgende Resolution, die von Behrens dem Fürsten Billow gegenüber vertreten wurde:

Der zweite deutsche Arbeiterkongreß erneuert die Stellungnahme des Frankfurter Kongresses zur Frage eines Reichsvereinsgesetzes und erwartet eine so freiheliche Gestaltung der von den verbündeten Regierungen offiziell angekündigten Vorlage, daß sie eine ungehinderte Entwicklung der Arbeiterbewegung sichert und auch den Angehörigen des Staats das Organisationsrecht gewährleistet.

Am 12. Juli 1908 vertrat derselbe Behrens in einer Eisenbahnerversammlung in Oberfeld den Standpunkt: „das Mittel des Streiks sei für die Arbeiter im Eisenbahnbetriebe nicht notwendig, weil ihnen nicht nur der Instanzweg, sondern auch der Weg durch die Abgeordneten des Land- und Reichstags frei stehe, um hierdurch auf die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken. Die Arbeiter im öffentlich-staatlichen Verkehrsgewerbe verzichten deshalb auf die Anwendung des Streikrechts.“ Sind das doch harmlose Gewerkschaftler! Die Angestellten des Staats sollen wohl ein Organisationsrecht, aber kein Streikrecht besitzen! Was sollen sie eventuell mit diesem „Organisationsrecht“ anfangen? Bitten und betteln und hoffnungslos petitionieren, das können die Eisenbahner auch ohne „Organisationsrecht“. Wenn aber ein Gewerkschaftsführer den Arbeitern im wirtschaftlichen Leben das Streikrecht bestreitet und damit die gesetzliche Gleichberechtigung, der hat neben allen anderen von ihm gegebenen Beispielen die Ziele, aber auch die Ohnmacht einer solchen Gewerkschaftsbewegung für immer gefehlet.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Was wird das Ende des Pariser Maschinenfabrikstreiks sein? Die Antwort kann schon heute, trotzdem der Streik noch nicht beendet, gegeben werden: ein totales Fiasko! Wie aus den zahlreichen Berichten, die unter dieser Rubrik über den Streik erschienen, hervorgeht, fanden wir, nachdem der Anfang schon gänzlich mißglückt war, der ganzen Bewegung pessimistisch gegenüber. Die Situation ist, nachdem der Streik bereits sieben Wochen dauert, folgende: Alle Firmen, die nicht instand waren, genügend Streikbrecher oder Maschinenfabriken heranzuziehen, bezahlen die reduzierten Forderungen der Gehilfen. Die in Betracht kommenden Betriebe beschäftigen über die Hälfte der Maschinenfabriker; es wäre ja auch etwas zu stark gewesen, wenn man eben soviel Streikbrecher aufgebracht hätte, als Maschinenfabriker überhaupt existieren. Die anerkennenden Firmen bezahlen 11 Fr. für Tag- und 13 Fr. für Nachtarbeit, jedoch ohne irgendwelche tarifliche Verpflichtungen, denn ein eigentlicher Tarif besteht auch für sie seit dem Streik nicht mehr. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß sich im Laufe der Zeit eine oder die andere Firma gezwungen sieht, noch anzuerkennen. Ähnlich wie nach dem letzten großen Auslande, der den achtstündigen Arbeitstag bringen sollte — aber den neunstündigen nicht brachte, denn es gibt noch heute eine ganze Anzahl von Druckereien außer vor den Toren auch in Paris selbst, die für zehn Stunden 7 Fr., anstatt für neun Stunden 7,20 Fr. bezahlen. Diese tropfenweise Erreichung der Verbesserungen steht aber dann nicht mehr im Verhältnis zu den gebrachten Opfern, und bis die letzten Nachzügler anerkennen, ist wieder die Zeit für die Tarif-erneuerung angebrochen.

Da man für den Angriff auf der ganzen Linie zu schwach ist, greift man jetzt zur Taktik, seine Aufmerksamkeit einzelnen Firmen besonders zu widmen. Über die Sperrung des „Petit Journal“, einer der größten Zeitungen von Paris, wurde schon berichtet. Vor der Druckerei fanden mehrmals Demonstrationen der Streikenden statt, ohne Erfolg und Zwischenfälle. In der Stadt marschieren die Ausständigen mit großen Schilbern —

ähnlich wie es für die Theaterreflektoren in Paris üblich —, die das Publikum zum Boykott auffordern, und außer den zahlreichen Maueranschlägen werden auch noch Tausende von Zetteln gleichen Inhalts an die Passanten verteilt. Daß die Zeitung schließlich durch diese intensive Agitation Einbuße erleidet, ist nicht zu bezweifeln; ob sie groß genug ist, um die Druckerei zum Nachgeben zu zwingen, jedoch eine Frage für sich. Unterdessen bleiben die gleichen Mitarbeiter wie „Matin“, „Journal“, „Petit Parisien“, „Eclair“ — es sind die durch ihre Verbreitung finanziell sichergestelltsten Zeitungen — einstweilen noch ungestört, da man nach der bekannten Kriegstaktik verfährt, wenn man es mit allen nicht mit einem Male aufnehmen kann, einen nach dem anderen klein zu kriegen.

Eine weitere Sperrung ist vorletzter Woche erfolgt, nämlich die der Druckerei Dagon, in dieser werden die Blätter „Rappel“, „Lanterne“ und „Evenement“ gedruckt. Auf die übliche Bekanntmachung der Sperrung durch Maueranschlag seitens der Syndikatskammer der Gehilfen antwortete die Syndikatskammer der „Gelben“ — welche prähen, über 92 „feine Ortsvereine“ zu verfügen — in gleichem Format und Farbe im Auszuge folgendes: „Wir sind so glücklich, unsere Mitglieder mitteilen zu können, daß die Firma Dagon von heute ab den Syndikatsstempel bezahlt und wir ihr die Berechtigung erteilen, unser Label auf ihren Druckmaschinen anzubringen. Wir empfehlen unseren Mitgliedern dieses Geschäft ganz besonders und sind überzeugt, daß sie dasselbst liebevolle Aufnahme finden!“ Bums, die zeichnen sich doch durch ihre Offenheit vorteilhaft vom Gutenbergsbund im deutschen Vaterland aus! Der glückliche Prinzipal mußte vor Freude nicht, was anfangen, er bestellte alles mit diesen Wünschen, auch seine Zeitungstransportwagen. Dem Manne wäre vielleicht durch diese Prostitution von Arbeitern aus der Tasche geholfen, aber die Geschichte hat noch einen Haken: „Rappel“ und „Lanterne“ sind radikal-sozialistische Organe, die sich außerdem durch Antiklerikalismus auszeichnen. Es wäre doch nun der Gipfel der Ironie, wenn diese Blätter mit ihrer politischen Tendenz mit dem Sabel der „Gelben“ erscheinen würden! Erstere Zeitung gab eine Erklärung an die Syndikatskammer der Gehilfen, daß sie, sollte die Druckerei gesperrt werden, sich einen anderen Drucker suchen würde, dagegen wurde unserm Pariser Mitarbeiter persönlich auf der Redaktion der „Lanterne“ gesagt, daß man an eine Änderung noch nicht dachte — und wusch dabei gehörig den Maschinensehern den Kopf! Nachts erfreuen sich viele Druckereien in Paris eines übermäßigen politischen Schutzes.

Über noch von einer anderen Wendung muß Kenntnis gegeben werden. Keufer, der Vorsitzende des Zentralkomitees, gilt durch seine Charaktereigenschaften auch bei den Prinzipalen als eine Autorität. Das ist nun auch der streikenden Maschinensehern nach reichlich einem Monat eingetreten — und man fand ihn gut genug, den Klären, den sie in den Dred gefahren, herausziehen zu lassen. Jetzt, nachdem man das Zentralkomitee des französischen Verbandes die ganze Zeit ignoriert hatte und es weder vom Anfang noch vom Verlaufe oder dem Stande des Streiks benachrichtigte, erschien eine Kommission der Streikenden bei Keufer mit dem Ersuchen, er möge seinen persönlichen Einfluß zugunsten der Streikenden bei den Zeitungsdirektoren geltend machen! Dieser Schritt ist eine schallende Ohrfeige für die radikale Pariser Sektionsleitung, deren Vorsitzender unserm Kollegen H. Sch. noch kürzlich auf dessen Bedenken betreffs der großen Opfer antwortete: „Hier macht man es nicht wie in Deutschland, die Fonds sind für die Streiks da!“ Keufer ließ sich auch wirklich erweichen und beauftragte die Direktoren von „Matin“, „Journal“, „Petit Parisien“ usw., überall freundliche Aufnahme findend, aber allgemein auch dem höflichen Bedauern bezeugend, daß es jetzt leider zu spät sei; die Mehrzahl will selbst vor den rebuzierten Forderungen nichts wissen. Nur einer meinte, ob die Gehilfen nicht nochmals andere Forderungen stellen könnten. Da letztere aber nichts mehr nachlassen wollen und vor allem darauf bringen, daß keine Maßregelungen vorkommen dürfen — letzteres bezeichnen die Direktoren gleich für unmöglich —, so ist die gefährliche Situation trostloser wie je. Um den Schritt der angeführten Kommission bei Keufer zu vervollständigen, nahm eine der letzten Streikversammlungen folgende Resolution an: „Die streikenden Maschinenseher, Korrektoren und Instrukteure ersuchen das Sektionskomitee, es ihm überlassend, Schritte einzuschlagen, die es für gut findet, von dem Zentralkomitee des Verbandes endlich die finanzielle Anerkennung zu erlangen, die es kämpfenden Kollegen schuldet, die nicht nur für bessere Löhne, sondern hauptsächlich auch für die Unabhängigkeit ihrer Syndikatskammer kämpfen.“ Erst konnte man den Mund nicht voll genug nehmen, was man alles aus eigener Kraft leisten werde, und jetzt kriecht man zu Kreuzen und schließlich die Versammlung mit einem „Vive la solidarite!“

Hier man nun ein Fazit aus dem Streike der Maschinenseher, so müssen auch die größten Optimisten zu Schwarzsehern werden. Die Folgen der Bewegung lassen sich so schnell nicht vermissen. Ganz besonders fühlbar werden sich machen: das Fehlen jeder rechtskräftigen Lohvereinbarung, ein Überangebot der Maschinenseher durch die zahlreich Angelernten und die eingesprungenen Maschinenseherinnen, schlechte Weeinflutung der Verhältnisse in der Provinz, Verlust größerer Offizinen durch Sperrung, infolge dessen Vergrößerung des Arbeitslohnheers, die nach Zehntausenden zählende Streikunterstützung. Fehlt nur noch, daß die Maschinenseher, die 12 Fr. zu verdienen gewöhnt sind, und auf die man be-

sondere Rücksicht glaubte nehmen zu müssen und deshalb auch 7,20 Fr. an Stelle der üblichen Streikunterstützung von 5 Fr. gemährte, wenn der Zustand für beendet erklärt wird, mit der Arbeitslosenunterstützung von jege und schreie 2 Fr. unzufrieden werden und dem Verbande den Rücken kehren.

Nur ein lichter Punkt ist bei diesem unglücklichen Streike zu verzeichnen: wenn sich das Ausland diese teurer erkauften Lehren zunutze macht, um mit dem Verbandsvorsitzenden Keufer zu sprechen.

Über den Streik der Maschinenseher in Marseille herrscht mysteriöses Schweigen, das mancherlei Schlüsse zuläßt. Am 4. März brachte die gesamte Pariser Tagespresse eine ausführliche Meldung über den Ausbruch des Streiks (wir nahmen von derselben in Nr. 27 des „Korr.“ unter dieser Rubrik Notiz), seither ist kein Wort mehr darüber erschienen. Das sonderbarste an der Geschichte ist, daß sämtliche Marseiller Zeitungen nicht einmal die von den Pariser Zeitungen gebrachte Notiz von dem Streikausbruch, also überhaupt noch keine Zeile über den Zustand brachten! Die Nachrichten, die bis jetzt Kollege Burgard (Mitglied des Zentralvorstandes, der zur Leitung der Bewegung zurzeit in Marseille weilt) sandte, klingen ja auch nicht hoffnungslos. Die Prinzipale sollen sich noch weiter weigern, in Unterhandlungen zu treten. Gegen 120 Maschinenseher sind ausständig.

England. „Nun muß sich alles, alles wenden“, meinte die liberale Presse, als wir 1909 erreicht hatten in bezug auf Handel und Wandel. Nur wir Buchdrucker-Gesellen merkten nichts davon, denn Ende Januar wurde in London immer noch an 950 Mitglieder der Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Der Verband hält vorläufig noch an dem Beschluß fest, seine neuen Mitglieder aufzunehmen. Durch den Zusammenbruch der London and Paris Exchange, die die „Londoner Börse“ herausgab, sind auch etwa sechs ausländische Kollegen arbeitslos geworden. Es ist somit für die Kollegen des kontinentalen vorläufig nicht ratsam, ihr „Glück“ in England zu versuchen, denn „viel frug ich, fürchte bei allen, wo Kraft nur sich rührt und keine sich regen“, — so recht „glücklich“ ist noch kein deutscher „Wachulte“ in Albion geworden.

Vorläufig „glücklich“ ist der englische Kollege geworden, der zum Richter lief und sich beklagte, daß er als Mitglied des Verbandes „gezwungen“ sei, 1 Schilling per Jahr zu zahlen zum Unterhalte des parlamentarischen Vertreters. Dieser Richter gab ihm recht, im Gegenfall zu dem, bei welchem sich vor einiger Zeit (der „Korr.“ berichtete damals in der „Kundschau“ über den Fall) ein Mitglied der Eisenbahnergewerkschaft beklagte wegen der gleichen Ungelegenheit. Nachdem das Appellationsgericht jedoch bestimmt hat, daß es „ungefährlich“ sei, Mitglieder einer Gewerkschaft zu „zwingen“, Beiträge für parlamentarische Zwecke zu erheben, mar dieses Urteil gegen den Verband vorläufig. Wenn nun das Haus der Lords zur Abweisung das Urteil des Appellationsgerichts wieder umstößt, was wahrscheinlich ist — nicht aus Liebe zu den „unteren Hunderttausenden“, sondern, um den Liberalen und Radikalen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die sich ernsthaft daran machen, das Haus der Lords abzuschießen —, so wird unser Kollege sehr „unglücklich“ werden, weil er die Kosten des Verfahrens zu zahlen hat — und das wäre ihm zu gönnen! In Zukunft werden die Beiträge für den parlamentarischen Fonds freiwillig gezahlt. Es wäre gar nicht verwunderlich, daß eines Tags ein Richter bestimmt, es sei ungesetzlich, Selber von Gewerkschaften zinsbringend für das projektierte täglich erscheinende Arbeiterblatt anzulegen. Dann würde es wiederum 40 Jahre dauern, bis dieser Plan wieder von neuem „erzogen“ wird.

Ende Februar hat sich mit der Eröffnung des Parlaments die Zahl der Arbeitslosen ein wenig vermindert, sie ist jedoch immer noch höher als im selben Monate des vorhergehenden Jahres.

Erfreulich zu berichten ist, daß eine Art Typographische Gesellschaft in London im Entstehen begriffen ist, zur Sammlung der Kräfte, durch Ideenaustausch dem Abzinsungsneue Bahnen zu eröffnen.

Weniger erfreulich ist die Meldung, daß das Erziehungs-komitee des Londoner Grasschaftsrats mit der Idee umgeht, in den Schulen eine Klasse für Schriftsehererei zu eröffnen, in welcher Knaben das Segen gelehrt werden soll. Man hofft, durch diese Einrichtung die Verbandskräfte der Knaben anzuregen und bis ins Ungeahnte zu entwickeln. Unser Gewerbe geht also auch mit dieser Idee einer „glänzenden Zukunft“ entgegen!

Für den verstorbenen Präsidenten Galbraith wurde E. W. McVra als sein Nachfolger gewählt und mit der Führung der Londoner Sehergesellschaft betraut.

Die Kollegen, welche in früheren Jahren Gastrollen in England gaben, wird es interessieren, zu hören, daß Thomas Bladett, Geschäftsführer der alten ausländischen Druckerei von Wertheimer, Lea & Co., ins Schattenreich verzogen ist im 72. Lebensjahr. Er war Begründer und Redakteur des „Printers' Journal“ in den 60er Jahren. Denselben Weg ging am 27. Februar Dr. Adolf Rosendorff, Eigentümer und Herausgeber von „Londoner Zeitung“, „Die Finanzchronik“ und „Deutsche Korrespondenz“, im 49. Lebensjahre.

Der soeben herausgegebene Jahresbericht der Londoner Sehergesellschaft zeigt manche interessante, doch auch manche bedenkliche Ziffern. An Arbeitslosenunterstützung wurden 23.039 Pfd. Sterl. ausgezahlt, gegen 17.063 Pfd. Sterl. in 1907. Das Jahr 1854 schien das

günstigste zu sein. Bei einer Mitgliederzahl von 2350 betrug die Arbeitslosenunterstützung 5/4 Pence pro Mitglied; 1908 war das ungünstigste Jahr nach dieser Richtung, denn 12.202 Mitglieder bezahlten 37 Schillinge 10/4 Pence pro Mitglied für die Arbeitslosen. An Alterspensionen zahlte der Verband an 474 Mitglieder 9416 Pfd. Sterl. Trotzdem das Jahr 1908 wohl eins der schlimmsten war, nicht allein für die Buchdrucker, sondern für alle Gewerbe in Großbritannien, hat der Verband auch diesen Sturm überstanden — und die „Ausichtslosigkeit der Gewerkschaften“ — ist immer noch nicht bewiesen!

Was lange währt, wird gut, sagt ein deutsches Sprichwort. Die Seherkollegen in Edinburgh können bestätigen, daß es nicht so unzutreffend ist. Nach zehnmonatigen Verhandlungen haben sie nämlich eine Verkürzung der Arbeitszeit von 52 1/2 auf 50 Stunden und eine Lohnerhöhung von 2 Mt. wünschentlich erreicht, welche neue Positionen am 1. Mai in Kraft treten.

Holland. Die projektierte Einführung der Arbeitsordnungen, die ein „Segen“ für die Arbeiter werden sollen, hat bisher viel böses Blut erzeugt und wird auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes noch viele Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, auch im Buchdruckgewerbe, heraufbeschwören. Die Satzungen des einzugetragenen Arbeitskontrakts entfallen außer den Lohn- und Arbeitsbedingungen auch Festlegung der Kranken- und Pensionsunterstützungen sowie der den Arbeitern aufzuerlegenden Strafen bei unerlaubter Arbeitsvermittlung, Zuspätkommen usw. Wurde dies früher in der willkürlichsten Weise gehandhabt, so könnte man jetzt ja eigentlich erleichtert aufatmen und sich freuen, daß nunmehr gesetzliche Normen dafür geschaffen werden. Aber die Freude ist nicht so groß. Denn entgegen dem Wunsche des Gesetzes, das von beiderseitiger (Arbeitgeber und -nehmer) Übereinkunft spricht, einigen sich in den allermeisten Fällen die „Herren“ bei Aufstellung der Satzungen des Arbeitskontrakts unter sich, legen den Gehilfen den eigens ausgefertigten Kontrakt zum sofortigen Unterscheiden vor, und wer dies zu tun sich weigert — steigt hier und da wird ja anscheinend ein wenig Entgegenkommen gezeigt, doch im großen Ganzen sind die „Zugeständnisse“, wie das „Grafisch Weekblad“ sagt, Knebelartikel.

Bei all den Schattenseiten, die die Einführung des Arbeitskontrakts mit sich bringen, ist ein erfreuliches Moment doch nicht zu verkennen, nämlich, daß die Arbeiter mehr zur Selbsterkenntnis kommen. Der Friede-lichte und der Kaltblütigste wird aus seiner Gleichgültigkeit aufgedeckt.

Dies trifft auch im Buchdruckgewerbe zu, und ganz besonders in den Orten und Offizinen, wo die Kollegen noch ohne die Organisation auskommen glauben. So hat durch sein autoritäres Auftreten der sonst so freigeistlich „gepöbelte“ Leiter des „Vaderland“ in Haag die „treuen“ Arbeiter, welche die Organisation ebenfalls als Unflim bezeichneten, zum Erwachen gebracht. „Vor 6 Uhr unterzeichnen“, war sein allmächtiges Wort, „sonst sind Sie entlassen“. Und sein Wort war Befehl!

Auch in der Druckerei von Gebr. Gimbel in Amsterdam, welche die hohe Ehre genießt, den „Christon Typograph“ herauszugeben, wurde dem Personale (junge Leute bis zu 18 Jahren) plötzlich der Arbeitskontrakt vorgelegt, um sofort unterzeichnet zu werden. Hier gelang es aber dem Personal, eine Konzeption durchzubringen und auch eine kleine Lohnerhöhung zu erzielen. Andererseits enthält jedoch der durch das Auftreten des Personals „verbesserte“ Arbeitsvertrag dieses christlichen Kunsttempels eine Reihe von Bestimmungen, gegen die eine Zuchtansordnung noch ein Muster von Ungebundenheit und persönlicher Bewegungsfreiheit ist.

Da nach dem holländischen Verbandsorgan an mehreren Stellen wegen Unannehmlichkeit der Arbeitskontrakte erste Gefahr droht, so wird an die Solidarität der Kollegen appelliert, daß jeder vor Annahme einer Kondition nach Holland erst nähere Informationen einholt. Der Sekretär des Allgemeinen niederländischen Typographenbundes, Kollege B. Gols, Kloveniersburgwal 56, Amsterdam, erteilt jede Auskunft.

Amerika. Ein durchsichtiges Manöver, das natürlich verunglücken mußte, hat die bekannte Butterick Publishing Company in Newyork in Szene gesetzt durch die landauf landab verbreitete Nachricht, ihre Differenzen mit der amerikanischen Buchdruckerorganisation seien geschlichtet. Die amerikanischen Kollegen waren jedoch ebenso schnell bei der Hand, diesen Coup der gewerkschaftsfeindlichen Gesellschaft als Schwindel zu kennzeichnen.

Korrespondenzen.

Aus i. G. Zu der am 6. März abendräumten Monatsversammlung war trotz der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung (die Februarsammlung konnte wegen zu schwachen Besuchs nicht abgehalten werden) auch nur die Hälfte der Kollegen erschienen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Kollegen ihrer Gewerkschaftsfrage so wenig Interesse entgegenbringen. Sie gehen lieber allen möglichen Illotria nach, trotzdem ihnen gewerkschaftliches und tarifliches Verständnis noht. Die Versammlung beschäftigte sich u. a. mit der Befristungsfrage und wurden die Kollegen der einzelnen Druckereien ersucht, bei Einstellung von Beurlingen genau darauf zu sehen, daß diese den geistigen und körperlichen Anforderungen genügen. Um in Zukunft einer beschlußunfähigen Versammlung so viel wie möglich aus dem Wege zu gehen, beschloß man,

bei Anwesenheit von einem Drittel der Mitglieder die Versammlung als versammlungsfähig gelten zu lassen. Weiter Beschäftigte man sich mit einer tariflichen Angelegenheit, die durch entschiedenes Auftreten der in Betracht kommenden Kollegen inzwischen auch ihre Regelung fand. Der Besuch der Versammlungen wird hoffentlich nun ein besserer werden.

S.-L. Bezirk Dortmund. Die am 28. Februar in Dortmund abgehaltene Bezirksversammlung war von 182 Kollegen besucht, und zwar von Dortmund 115, Hamm 30, Soest 10, Kappfrop 7, Hörde 6, Bittendorfmund 5, Linna 4, Ramen und Ahlen je 2, Werl 1. Der Gesangverein Typographia-Dortmund trug zur Eröffnung zwei Lieder vor und erntete dafür reichen Beifall. Unter „Bereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende die Zirkulare des Verbands- und Gewerkschaftsbesamtes bekannt. Hierauf erstattete Kollege Schröder den Kassenerbericht pro 4. Quartal 1908. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben: Das abgelaufene Geschäftsjahr war sehr arbeitsreich. Die Bezirksversammlungen waren durchschnittlich von 160 Mitgliedern (gleich 42 Proz.) besucht. Ein Vortrag wurde vom Kollegen Grasmann gehalten. Die tariflichen Verhältnisse haben sich wenig geändert, fast alle maßgebenden Firmen haben den Tarif schriftlich anerkannt. Die Firmen Masse (Soest) und Voigt (Werne) frehen noch außerhalb der Tarifgemeinschaft. Das Ertrudigen vor Annahme einer Kondition wird nicht selten noch vernachlässigt, es werden erstere Seiten aufgegeben werden müssen. Der Gutenbergsbund hat in unserm Bezirke keine Mitglieder, nur am Bororie zwei oder drei. Unre Mitgliederzahl stieg von 360 Ende 1907 auf 384 Ende 1908. Unter dem nächsten Punkte beschäftigte sich die Versammlung mit einem gegen die Neuregelung der Auskunftsverteilung sich richtenden Antrage Hamm, der mit Mehrheit angenommen wurde. Der alte Vorstand wurde sodann wiedergewählt. Den Bericht von der letzten Kreisversammlung erstattete Kollege Baumgen in längerem Ausführungen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Soest gewählt.

F.-ch. Essen. Unre erste diesjährige Bezirksversammlung, die am 28. Februar in Selsenkirchen stattfand, war leider nicht allzu stark besucht. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde unserer jüngst verstorbenen Kollegen Ferdinand Ricken und Hans Johanson gedacht. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, der nichts von Belang aufwies, gab der Vorsitzende den Jahresbericht, der in seinem wesentlichen Bestandteil eine Wiederabgabe der in der Generalversammlung des Vororts gegebenen Jahresübersicht bildete. Danach konnte man mit den Verhältnissen organisatorischer und tariflicher Art zufrieden sein. Das alte Jahr hatte am Anfang 540 gegen 576 Mitglieder am Anfang 1909, also eine Zunahme von 36 Mitgliedern. Im ganzen waren nach der Bewegungsstatistik im abgelaufenen Berichtsjahre 947 Mitglieder im Bezirke vorhanden. Der Bericht des Kassierers fand ebenfalls Genehmigung. Dann folgte ein Vortrag des Herrn Redakteurs Limberg (Essen) über: „Preußisch-deutsche Steuerfragen“. Der Referent behandelte das aktuelle Thema in einem angedeuteten wohl durchdachten Vortrag und erntete am Schlusse desselben wohlverdienten Beifall. Aus den Berichten aus den Mitgliedschaften ist zu erwähnen, daß der „große“ Felder seit einigen Wochen in Selsenkirchen seine Missionstätigkeit aufgenommen hat und im Schweiße seines Angesichts und unter Zuhilfenahme mehrerer „christlicher“ Arbeitersekretäre sich abquält, einige jüngere Kollegen für den alleinigmachenden Gutenbergsbund zu gewinnen. Ob es gelingt? — Wie eine spätere, beim Bezirksvorstande eingelaufene Nachricht besagt, scheiterte die „Felderarbeit“ an dem gesunden Verstande der als Opfer ausersesehenen Kollegen. Bravo! Und man hatte doch schon das gelbe Drachstein mit der Notenrolle des schönen Profolytenmacherlieds: „Schon wieder ein: Seele gerettet, gerettet!“ versehen. Alles vergebens! Schade um die Mühe! Armer Gutenbergsbund! Großer Felder! Wehe dem Jahrhundert, das dich veranlagt!

Hamburg. Am 19. März blüht der bei der Firma Auer & Co. beschäftigte Seherkollege August Carstens auf eine 60jährige Berufstätigkeit zurück. Dem Arbeitsjubiläum, der sich einer besonderen Mühseligkeit erfreut, viel Glück zu diesem Tag und einen heitern, sorgenlosen Lebensabend!

Ratowik. (Graphische Vereinigung.) Nachdem die Generalversammlung am 27. Februar den Jahresbericht des Vorsitzenden entgegengenommen und die Vorstandswahl getätigt war (erster Vorsitzender Kollege Kwasmiot, Kassierer Kollege Radewahn) sowie die Technische Kommission gebildet worden war, hielt Kollege Gabony einen Vortrag über: „Das Buchdruckertechnikum in Leipzig“, der mit Beifall aufgenommen wurde. — Die sich an die Versammlung anschließende Feier des zweiten Stiftungsfestes gestaltete sich äußerst reich. Herr Buchdruckereibesitzer Herlich für die Gratifikation einer Festdrucke auf unsere verbindlichsten Dank.

Bezirk Sibirien. (Verdichtung.) In dem Bericht über die Jahresbezirksversammlung in Nr. 29 des „Korr.“ muß es zum Schluß anstatt „betrifft der Regelung der Waunschüsse und Aufhebung der Bezirke“ heißen: „betrifft der Regelung der Waunenteilung unter Aufhebung der Bezirke“. Um Irrtümern vorzubeugen, sei dies also hiermit richtiggestellt.

Rundschau.

Fachunterricht für Buchdrucker in Berlin. Die Fachklasse für Typographen an der ersten Handwerker-Schule zu Berlin verpendet jetzt ihr in den Schulwer-

stätten hergestelltes, vornehm ausgestattetes Sommerprogramm. Die Schule bietet Buchdruckergehilfen Gelegenheit zur Erwerbung einer gründlichen, den Forderungen unserer Zeit entsprechenden Fachbildung. Der Unterrichtsplan umfaßt neun Kurse in folgenden Fächern: Ornament- und Schriftzeichnen, Entwerfen und Skizzieren von Druckfähen, Farbenlehre, Praktische Übungen im Aetzbleisatz und Farbenbrude, Photographie und Zinnguß, Vorbereitung und Berechnung von Druckfähen. Der Unterricht findet statt: Wochentags von 7—9 Uhr abends und Sonntags von 8—12 Uhr vormittags. Das Schulgeld beträgt für jede Wochenstunde halbjährlich 1,50 Mk. Das Sommerhalbjahr beginnt am 14. April. Die Anmeldungen werden im Schulhause, Lindenstraße 97/98, am 2., 3., 5., 6. und 7. April von 6—8 Uhr abends entgegengenommen, für die Typographenklassen besonders am Sonnabend, den 3. April.

Die Vergabung der städtischen Druckarbeiten in Mülhausen i. E. L. wurde vor kurzem neu geregelt und dabei ein sehr beachtenswerter Modus gewählt. Es wurde einem Antrage der organisierten Prinzipale stattgegeben und der Beschluß gefaßt, in Zukunft die städtischen Druckfähen der Geschäftsstelle des Prinzipalsvereins zur Verteilung zu übergeben. Ausgenommen hiervon sind die großen Aufträge, wie Verwaltungs-, Schul- und Gemeinverwaltungsberichte, welche durch Submission vergeben werden. Durch diesen Beschluß, der ab 1. April in Kraft treten soll und vorläufig für ein Jahr gültig ist, soll die Schmutzkonkurrenz und Bevorzugung einzelner Firmen unterbunden werden. Die gleiche Art der Vergabung ist schon seit einiger Zeit auch in Straßburg üblich geworden.

Militäretat und Druckfähen. Bei Beratung vorstehender Titel in der Budgetkommission des Reichstags wurde die geforderte Vorlegung der Verträge, welche zwischen der Firma Mittler & Sohn in Berlin und der Militärverwaltung bestehen, von der letzteren abgelehnt, und zwar mit Rücksicht auf die Konkurrenzfirmen. Es solle aber bei Abschluß neuer Verträge alles Notwendige geprüft und beachtet werden. Insbesondere soll auch bei der Vertragsabschließung untersucht werden, ob die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Firmen den berechtigten Anforderungen entsprechen. Letzteres könnte eventuell befriedigen, das erstere aber ist bedenklich.

Zum Kampfe gegen die Schundliteratur. Der Ortsverein des Verbandes Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler zu München faßte den einstimmigen Beschluß, die so vielfach verbreitete Schundliteratur in ihren Geschäften nicht mehr zum Verkauf zu führen.

Teures Buch. Bei einer Versteigerung alter Bilderbrude in Wien erzielte die erste Ausgabe des Nachbuchs von der Offenbarung Johannis, eine französische Arbeit aus dem Jahre 1440, den Preis von 86000 Kronen. Der Käufer war ein Franzose.

Stiftung. Ein Berliner Kunstliebhaber hat dem Deutschen Buchgewerbevereine die Summe von 50000 Mk. gespendet, wodurch es ermöglicht wird, eine bestehende wertvolle Sammlung von Drucken aller Zeiten unter dem Namen „Weißbach-Sammlung“ in den Besitz des Deutschen Buchgewerbevereins zu bringen.

Auch ein Geschäft! Weil der „Germaniaindustrie“ in Berlin N 24 beim Verkauf ihrer „weltbekanntesten“ Fahrräder zu 50 Mk. nichts übrig bleibt, was bei dieser Art Schundpreisen wohl auch nicht weiter verwunderlich ist, so scheint es für die verehrte Geschäftsleitung dieser Weltfirma nicht mehr als recht und billig zu sein, daß sie auch andern nichts zu verbieten gibt, im Gegenteil in sehr naiver Weise damit rechnet, daß man ihre „Uneigennützigkeit“ noch überbietet und z. B. für Inserate dieser noblen Firma am besten ganz ergebnislos auf eine Entschädigung verachtet. Zu dieser Ansicht kommt man, wenn man die in den letzten Tagen einer ganzen Anzahl von Zeitungen zugegangenen gedruckten Insertionsangebote der „Germaniaindustrie“ einer näheren Betrachtung unterzieht. Für 20 Inserate mit einem Flächenraume von 30 zwispaltigen Zeilen unsers Organs bietet die ehrenwerte Firma sage und schreibe 10 Mk. Nach der Berechnung unserer Geschäftsstelle käme dafür der Betrag von 600 Mk. in Betracht. Abgesehen nun davon, so würde selbst für die kleinsten Winkelblättchen bei einem Zeilenpreise von nur 10 Pf. ein Betrag von 80 bis 120 Mark zu berechnen sein. Es ist geradezu eine Schande, wie hier ein industrielles Werk glaubt den deutschen Zeitungen näher treten zu können und wäre es jedenfalls sehr interessant, festzustellen, welche und wieviel Zeitungen so hoch erbärmlichen Geschäften sich mitbrauchen lassen. Hier heißt es nur: „Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist!“

Die Lehrabteilung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere, deren Einführung auf dem Verbandstage genannter Organisation im Jahre 1907 in München beschloffen wurde, zählt nunmehr nach erst einjährigem Bestehen 8307 Mitglieder. Der von den Unternehmern im Steindruckgewerbe gegründete gelbe Unterstützungsverein hat nur 617 Bekehrte in sein Garn zu locken vermocht. Die Hauptaufgabe erblüht der Verband bei dieser Lehrabteilung in der Heranziehung der Bekehrte zu tüchtigen Berufsarbeitern. Die Unternehmer dieses Gewerbes tun nach dieser Richtung sehr wenig; es werden Bekehrte in Betrieben und Abteilungen aufgenommen, wo denselben gar keine Möglichkeit geboten ist, sich solche Berufskenntnisse anzueignen, die ihnen nach beendeter Lehrzeit ein Fortkommen im Beruf ermöglichen. Durch Veranstaltung praktischer Lehrkurse im Zeichnen, Malen usw. verrichtet der Verband daher

eine sehr ideale und ernste gewerkschaftliche Aufgabe. Solche Kurse wurden bisher in den meisten Städten abgehalten. Als weiteres erfreuliches Ergebnis ist noch zu verzeichnen, daß sämtliche Bekehrte, welche schon vorher dieser Lehrabteilung angehörten, ohne Ausnahme nach Beendigung ihrer Lehrzeit dem Verband als ordentliche Mitglieder beigetreten sind.

Die Gewerbegerichtsahlen in Hagen endeten mit einer Niederlage der „christlichen“ und speziell der freisinnigen (Girsch-Dunder) Liste. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 3787; davon betamen die freien Gewerkschaften 2268, die christlichen 1066 und die andern 453 Stimmen. Demnach erhielten die freien Gewerkschaften acht Beisitzer, die christlichen vier und die Girsch-Dunder'schen gingen leer aus. Für die alte Freisinnstadt Hagen ist dieses Resultat doppelt lehrreich.

Eine Neuwahl zum Vergewergergericht in Altenesse ergab den Sieg für die Vertreter des freien Vergewergerverbandes. Dieses Resultat ist um so bemerkenswerter, als bei der ersten Wahl im Dezember vorigen Jahres die „Christlichen“ gesiegt hatten. Die Wahl wurde aber angefochten und wegen Unregelmäßigkeiten auch aufgehoben. Die am 8. März nun vorgenommene Neuwahl ergab 187 Stimmen für den freien Verband und nur 136 für den christlichen Gewerkeverein.

Die Haftbarkeit der Gewerkschaften für die Kosten der Streikbrecher und deren Schutz hat ein Obergericht namens Mills in White-Plains in den Vereinigten Staaten durch Urteilsspruch festgelegt. Er verurteilte die Organisation der Maschinenisten zu 3847 Dollar Schadenersatz. Dieser Betrag ist an eine Maschinenfabrik zu zahlen, welche während eines Streiks ihrer Arbeiter Streikbrecher und die zu deren Schutz bestimmten Winterkons kommen ließ und dabei Auslagen in obiger Summe gehabt haben will. Die Unions sollen also nun auch noch für die Streikbrecher und deren Leibwachen bezahlen im — freien Amerika!

Der Plan einer politischen Arbeitgeberpartei, ein Lieblingsgedanke des Herrn Dr. Tille und des bekannten Herrn Mend in Hamburg, ist nunmehr vollständig ins Wasser gefallen. In einem Aufsatze über die wirtschaftliche und politische Vertretung der deutschen Industrie lehnte es auch der Zentralverband Deutscher Industrieller ab, den beiden Herren Vorspanndienste zu leisten, indem er erklärt, daß er deren Ideen seinerseits vollständig fernstehe. Da bisher vielfach die Meinung verbreitet war, daß hinter den Plänen der beiden Herren zum mindesten einzelne Kreise des Zentralverbandes ständen, ist es nicht ohne Bedeutung, auf diese Erklärung hinzuweisen, da sie deutlich zeigt, daß es sich bei den Plänen der beiden Herren, die so oft in ihren Schriften eine uneingeschränkte Feindschaft aller Theorien zur Schau trugen, lediglich um eine theoretische Gedankenpielerei handelt, der die maßgebenden Kreise der Arbeitgeber in keiner Weise zu folgen gedenken.

Ein neuer Kartellvertrag wurde vor einigen Tagen zwischen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und dem Vereine deutscher Arbeitgeberverbände abgeschlossen. Die Vertragsschließenden haben ihre Mitgliederlisten ausgetauscht und werden sich auch in Zukunft von jeder Veränderung im Mitgliederverzeichnis gegenseitig verständigen. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, darauf hinzuwirken, daß streikende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Eine Nachprüfung über die Berechtigung des Ausstandes oder der Aussperrung findet nicht statt, wenn erklärt wird, daß eine solche Prüfung ordnungsmäßig vorgenommen ist. Als wichtige Aufgabe wird ferner die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und zwar sowohl in den Fachverbänden als auch in den gemischten Verbänden betrachtet. Gemeinsame Förderung des Schutzes der Arbeitswilligen und der Streiklausel bildet ein weiteres Tätigkeitsgebiet dieses Schutz- und Trugkartells gegen jede „sozialpolitische Wehleidigkeit“ der neuern Zeit, und die Einsetzung eines ständigen Ausschusses soll diesem Kartelle der Männer mit der eiferen Stim auf alle Fälle das Rückgrat steif halten. Diese fortschreitende Zentralisierung der Unternehmerverbände findet durch eine ebenfalls in letzter Zeit herausgegebene Broschüre des Syndikus vom Verbands bayerischer Metallindustrieller, Rechtsanwalt König in Nürnberg, noch eine besondere Unterstreichung. Genannter Herr empfiehlt als ein gutes Mittel, den Arbeitgeberverbänden die ihnen gebührende Berücksichtigung zu sichern, die Abhaltung jährlicher großer Versammlungen nach dem Muster der Landwirte. Und die Arbeitgeberzeitung findet in dieser Auffassung den Standpunkt, daß bei der Politisierung des Unternehmertums das Schwergewicht in die Arbeitgeberverbände gelegt werden müsse. Also eine glatte Wäage an die politische Neutralität aus maßgebenden Kreisen des Unternehmertums!

Ein Arbeitgeberkartell oder ein Gegenstück zu den ertlichen Gewerkschaftskartellen wurde in Mannheim geschaffen. Seine Entstehung soll dieser Arbeitgeberverband den immer häufiger laut werdenden Klagen, daß die Interessen von Industrie, Handwerk und Handel im Reichstag, Landtag und in den Gemeindeverwaltungen nicht genügend Berücksichtigung finden, zugeschrieben haben. Auch eine mangelhafte Rechtsprechung der bürgerlichen Gerichte usw. soll Ursache zu dieser Neugründung sein. Fünfzehn wirtschaftliche Verbände, darunter insbesondere der Allgemeine Fabrikantenverein, der Verband

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 18. März 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 31.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

süddeutscher Industrieller, der Verband der Metallindustriellen, der Allgemeine Arbeitgeberverband, die Industriebörse, der Gewerbeverein und Handwerkerverband sowie der Verband der Detailkaufleute, haben deshalb einen Arbeitgebererrat gebildet, der jenen Mißständen entgegenarbeiten und sich eine wirksamere Geltendmachung der Interessen der Arbeitgeber in der Gesetzgebung und Verwaltung zum Ziele setzen soll. Um sogenannte „Scharfnaderei“ soll es dem Arbeitgebererrate nicht zu tun sein. Berechtigte Arbeiterforderungen sollen von ihm nicht bekämpft werden, wohl aber will er das Verständnis dafür zu verbreiten suchen, daß eine rücksichtslose, einseitige und vom Geiste des Klassenkampfes getragene Arbeiterpolitik des Guten zu wenig und des Bösen zu viel sei. Die nächsten Gewerbegerichtswahlen in Mannheim sind als erste Operationsbasis zu diesem Zweck ausgerufen.

Über den Entwurf zur Reichsversicherungsordnung sind immer mehr Einzelheiten durch die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, wird der Wortlaut des Entwurfs in etwa acht Tagen veröffentlicht werden. Der neue Name des Gesetzes ist gewählt worden, um von vornherein anzudeuten, daß es sich nicht nur um eine Kodifikation (Vereinigung aller gesetzlichen Bestimmungen in ein Gesetzbuch) handelt, sondern auch um eine Erweiterung des Kreises der Versicherten über den Rahmen der Arbeiterschaft hinaus. Das Gesetz umschließt in einheitlicher Fassung die bisherigen sechs Einzelgesetze: Krankenversicherung, Unfallversicherung für Gewerbe, für Land- und Forstwirtschaft, für Bauwesen und für Schifffahrt, Invaliden- und Altersversicherung. Dazu tritt noch die Witwen- und Waisenversicherung im Anschluß an die Invalidenversicherung. Eine direkte Verschmelzung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung soll sich als unmöglich erwiesen haben. Um eine bessere Einheitlichkeit zu erzielen, fallen die Gemeinde- und die Baukrankenversicherung weg. Die Innungs- und Ortskrankenversicherung sollen auf den Ausßerbetrieb gesteuert und die Hilfskassen auf die Rolle der Zusatzkassen beschränkt werden. In der Hauptsache würden also nur die Orts- und Betriebskrankenversicherung übrig bleiben. Die Ortskrankenversicherung sollen zu leistungsfähigen Gebilden ausgebaut werden. Arbeitgeber und Arbeiter zahlen die gleichen Beiträge und nehmen auch zu gleichen Teilen an der Verwaltung teil. Die Selbstverwaltung soll unangetastet bleiben, da der Kassenvorstand nach wie vor von den Mitgliedern zu wählen sein wird. Der Innungs- und Ortskrankenversicherung sind drei Stufen, das Versicherungsamt untersteht dem Landesversicherungsamt und das letztere ist dem Reichsversicherungsamt untergeordnet; die Bestimmungen an das Reichsversicherungsamt sollen eingeschränkt werden. Für alle Instanzen ist die Zugehörigkeit von Arbeitgebern und Arbeitern vorgesehen. Zur ersten Festsetzung der Unfallrenten werden entgegen dem bisherigen Zustand Vertreter der Arbeiterschaft zugezogen. Die Streitigkeiten zwischen Rassen und Ärzten sollen durch obligatorische Schlichtungsgerichte entschieden werden. Ein besonderes Arztsystem ist nicht vorgesehen. Für die Witwen- und Waisenversicherung müssen Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Beiträge zahlen. Dazu soll ein Reichszuschuß wie bei der Invalidenversicherung in Höhe von 50 Mk. für die Witwen und 30 Mk. für die Waisen treten. Die Einzelstaaten haben den Gesetzentwurf bereits seit längerer Zeit geprüft und mit der Hoffnung, daß der Bundesrat seine Beratungen in Wälde abschließen wird, ist unter Umständen damit zu rechnen, daß der Reichstag nach den Osterferien die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung aufnehmen könnte.

Die Ortskrankenversicherung in Innungsdienern über ein Jahrzehnt ließ die Fleischerinnung in Berlin ihre Innungsbeiträge von dem Kassierer der Ortskrankenversicherung einziehen, und zwar ohne Wissen der Arbeitervertreter im Krankenkassenvorstande. Durch die Geschäftigkeit eines Innungsmeisters kam jedoch die Sache heraus, worauf die Vertreter der Arbeiter den Beschluß durchdrückten, daß sämtliche Angestellten der Ortskrankenversicherung für das Fleischergewerbe verboten ist, für eine andre Korporation irgendwelche Dienste zu verrichten, auch nicht gegen Bezahlung. Das patzte nun begreiflicherweise dem Innungsvorstand in keiner Weise. Er verfuhr darum in einem besonderen Schreiben an den Kassenvorstand um Aufhebung dieses Beschlusses. Die Unternehmervertreter im Krankenkassenvorstand waren selbstverständlich gewillt, diesem Verlangen zu entsprechen; ebenso scharf waren aber auch die Arbeitervertreter dagegen. Mit Recht wiesen die Gehehlen darauf hin, daß ja auch sie dann verlangen könnten, der Krankenkassenkassierer müsse die Gewerkschaftsbeiträge der Gehehlen kassieren. Diese Logik schien den Herren Unternehmern unbegrifflich, so daß eben auch der Antrag der Innung ins Wasser fiel. Nebenbei sei bemerkt, daß die hier in Frage kommende Innung über 1100 Mitglieder zählt

und sehr wohl imstande wäre, einen eignen Kassierer zu halten. Wir nehmen von diesem Falle speziell nur deshalb an dieser Stelle Notiz, weil er ein sehr interessantes Gegenstück bildet zu der von gewisser Unternehmenseite mit Vorliebe mißbrauchten Behauptung, die Krankenkassenverwaltungen würden in einseitiger Weise den Arbeiterinteressen dienlich gemacht.

Streik der Post- und Telegraphenbeamten in Frankreich. Eine Ausstandsbewegung, die in der vorigen Woche von den Angestellten der Bahnpost in Paris eingeleitet wurde, nahm inzwischen solchen Umfang an, daß der regelmäßige Postdienst in Frankreich bereits ganz empfindlich gestört wurde. Auch das Telegraphenpersonal des Hauptpostamts in Paris hat sich der Bewegung angeschlossen. Der Post- und Telegraphenbetrieb kann nur notdürftig mit dem letzten Aufgebote von Personal aufrecht erhalten werden. Die erste Forderung der Postbediensteten verlangt die Demission des Unterstaatssekretärs Symian.

Briefkasten.

H. S. in Paris: Eine Verichtigung über unsere Notiz zur Wahl des Kollegen Niel in Nr. 27 scheint uns überflüssig zu sein, da von einer Wahl mit allen gegen eine Stimme darin keine Rede ist. — U. Z. in Bochum: Befand sich schon in unserm Besitz. Die Nichtaufnahme hat uns recht gereut. Überhaupt hat eine Reihe von Redaktionen durch Übersendung des Arbeitgeberverbandsmitglieds uns betundet, daß Theorie und Praxis bei ihnen nicht zweierlei sind, daß man nämlich den Arbeitgeberverband durch Aufnahme seiner Pamphlete nicht hinterherum pouffieren kann, während der Zeitungsherausgeber durch seine Mitgliedschaft zum Deutschen Buchdruckervereine sowie als Tarifgemeinschaftsanhänger dem Arbeitgeberverbande gegenübersteht. — Chr. Dr. in Berlin: Ihr konfusel Geschreibsel, aus dem niemand geschickt wird, fand den allein richtigen Weg: in den Papierkorb. — U. S. in Göttingen: Die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 24 unter „Verbandsnachrichten“ besagt doch klar und deutlich, daß in dem von ihnen uns übermittelten Falle nur Streikbrecheranwerbung in Frage kommen kann. — S. R. 1. für 1,80 Mk. durch Richard Härtels Bücherverlag, Leipzig-M., Köhliggärtenstraße 48. 2. Robert Braun, Berlin-Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 19 IV. — Th. J. in Leer: Da der ausstehende Schlußartikel wegen Krankheit des Verarbeiters hinausgeschoben werden muß, aus diesem Grunde werden die Nachläufer noch berücksichtigt werden. Im nächsten Jahre greift genauere Zeiteinteilung Platz. — M. B. in Karlsruhe: 2,75 Mk. — S. U. in Graudenz: 2,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprichamt VI, 11181.

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. April neu erscheinen soll, eruchen wir diejenigen Herren Bezirksvorsitzer und Kassierer sowie Ortsvorsitzenden der größeren Mitgliedschaften, welche seit dem Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. Januar 1909) verzoogen sind, dies jedoch im „Korr.“ nicht mitgeteilt haben, oder wo durch Neuwahl eine Änderung eingetreten ist, diese Veränderung in den Adressen möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 22. März — der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. mitzuteilen. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im April) verziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls angeben. Berlin.

Die Hauptverwaltung.

Gau Württemberg. Vom 1. April ab befindet sich das Vereinsbureau Heustiegstraße 54 part. Alle Zusendungen bitte zu adressieren: Bureau des Gauvereins Württemberg, Heustiegstraße 54 part.

Bernigerode. Der Seher Hermann Vorhert (Hauptbuchnummer 62186) wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen an hiesigen Orte nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Bezirk Dortmund. (Vereinigung der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Otto Contius, Dortmund, Stauffenstraße 63 I; Kassierer: Karl Sahmann, Dortmund, Detmarstraße 10. Bezirk Vörrach (Wab.). Vorsitzender: Edwin Bräuer, Vörrach, Bahnhofstraße 12. Bernau (Mark). Vorsitzender: F. Friß, Bohmühlweg. Furrwangen. Vorsitzender: Masius Martin; Kassierer: Karl Rottler. Gießen. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Jos. Müller, Alterweg 56; Kassierer: Hermann Lehmann, Weserstraße 15 (ab 1. April Bruchstraße 3).

Seidelberg. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Hans Weber, Plöck 29 III; Kassierer: Wilh. Baumann, Plöck 32.

Kulmbach. Kassierer: Karl Merkel, Bausteig. Mannheim-Ludwigshafen. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: M. Pasernald, Mannheim, Rheinhäuserstraße 56/58 II; Kassierer: August Cäter, Mannheim, Söringstraße 26.

Wörsdau. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Max Bonnau, Kiezstraße 15 I; Kassierer: Karl Piesendel, Kiezstraße 6 I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Bad Nauheim der Schweizerdegen Georg Mich, geb. in Offenbach 1891, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — U. Holland in Gießen, Aßerstraße 3 II.

In Braunschweig der Drucker Wilhelm Grote, geb. in Hamburg 1876, ausgel. in Braunschweig 1896; war schon Mitglied. — Wilh. Reuter, Kastanienallee 40a.

In Gaildorf der Seher Anton Fischer, geb. in Furtch im Wald (Wagern) 1892, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — In Ludwigshafen 1. der Seher Jakob Sticher, geb. in Weingarten 1887, ausgel. in Mühlacker 1904; 2. der Seher Eugen Schramm, geb. in Stuttgart 1884, ausgel. das. 1903; waren schon Mitglieder. — Karl Anie in Stuttgart, Jakobstraße 16 p.

In Köln die Seher 1. Matthias Vennarz, geb. in Köln 1889, ausgel. das. 1908; 2. Adam Brizius, geb. in Köln 1889, ausgel. das. 1907; 3. der Drucker Jakob Böhler, geb. in Godesberg 1890, ausgel. in Köln 1909; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 4. Johann Werner, geb. in Köln 1888, ausgel. in Cronenberg 1907; 5. Franz Süderath, geb. in Köln 1881, ausgel. das. 1899; 6. Eduard Reuter, geb. in Siegburg 1880, ausgel. das. 1898; waren schon Mitglieder. — F. Müller, Severinstraße 199.

In Lauterode 1. der Schweizerdegen August Donath, geb. in Müllengräß 1882, ausgel. in Stadthagen 1900; war schon Mitglied; 2. der Seher Rudolf Engelhardt, geb. in Eifenach i. Thür. 1889, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Kirchheimbolanden der Seher Julius Held, geb. in Wetzlar 1887, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — Rud. May in Kaiserslautern, Bleichstraße 73.

In Posen der Seher Paul Klupsch, geb. in Schweslau 1876, ausgel. in Bissa 1894; war schon Mitglied. — In Weichen der Seher Richard Kallisch, geb. in Wgoda (Kreis Schildberg) 1886, ausgel. in Wreschta 1904; war noch nicht Mitglied. — In Schwerin an der Warthe der Seher Georg Wellnisch, geb. in Schwerin 1890, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — In Bissa i. P. der Seher Paul Schmidt, geb. in Lubow 1890, ausgel. in Tempelburg i. Pom. 1907; war noch nicht Mitglied. — W. Klossel in Posen, Königsplatz 5, 3. Eing. III.

In St. Blasien der Seher Ph. Steibel, geb. in Kaiserslautern 1892, ausgel. 1879; war schon Mitglied. Ed. Bräuer in Vörrach, Bahnhofstraße 12.

In St. Ingbert (Pfalz) der Seher Hugo Wornhake, geb. in Raumburg (Saale) 1879, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — Mit. Gutendorf in Saarbrücken, Meier Straße 29 I.

In Seidenberg (O.-S.) der Seher Rud. Lindner, geb. in Gersdorf (Vöfmen) 1891, ausgel. in Seidenberg (O.-S.) 1909; war noch nicht Mitglied. — G. Reichelt in Görlitz, Bahnhofstraße 59.

In Solingen der Schweizerdegen Friedr. Meßger, geb. in Solingen 1891, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Marschall in Elberfeld, Humboldtstraße 53 II.

In Sonderburg der Drucker Erich Diehtahn, geb. in Gr.-Stüchheim 1888, ausgel. in Wolfenbüttel 1906; war schon Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger Straße 34 p.

In Kopenhagen der Drucker Artur Nowack, geb. in Breslau 1882, ausgel. das. 1901. — B. Petersen, Nybrogade 12.

Verammlungskalender.

Ashvolsben. Bezirksversammlung Sonntag, den 28. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, im „Kaiserhof“.

Berlin. Allgemeine Korrekturenversammlung Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr, in den „Industriearten“, Weichstraße 20.

Essen (Ruhr). Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 20. März, abends 8^{1/2} Uhr, im Vereinslokal Restaurant Engelmeyer, Marktstraße.

Flensburg. Vorstandssitzung und Vertrauensmännerversammlung Freitag, den 19. März, im „Goldenen Anker“, An der Schiffbrücke.

Stettin. Versammlung Sonntag, den 20. März, abends 8^{1/2} Uhr, im „Rägerhof“.

Halle a. S. Versammlung Sonntag, den 20. März, abends 8^{1/2} Uhr, im Gasthof „Zu den drei Rindern“, Kleine Klausstraße.

Hamburg-Altona. Unterstützungsaußschußsitzung am Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr, im „Gutmanns Hotel“, Baastraße 21/22.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Montag, den 22. März, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Besenbinderhof 57.
Kaburg. Versammlung Sonnabend, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindenhof“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
 Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.
Zwölfter Nachtrag
 zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1908.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis.**
 Baffum: Müller, S. C.
 Brale: Wargmann, Adolf.
 Lemgo: Frigemeier, August.
 Seefen: Buchdruckerei „Wobachter“ (Hofmann).
II. Kreis.
 Barmen: Langewiesche, S.
 Elberfeld: Bodmühl, Ernst; (G.B.) Koch & Palm.
 Herne: Halbach, Frz.
 Köln: Krämer & van Esberg, G. m. b. H.
 Linden (Nühr): Bed, Guard.

- IV. Kreis.**
 Kornwestheim: Reichert, Gustav.
 Landau (Pfalz): Vorderpälzische Genossenschaftsdruckerei, e. G. m. b. H.
 Mannheim: Koch, Friz.
 Oberkirch: Bösch Wwe., Aug.
V. Kreis.
 Cham: Wein, Joseph.
 Würzburg: Arnold, Ludwig.
VI. Kreis.
 Quedlinburg: Grupe, Oskar.
 Trenzschütz: Müller, S. U.
VII. Kreis.
 Chemnitz: Dohmen, Wilhelm.
 Heidenau: Maschinenfabrik Rodtstroß & Schneider Nachfolger, U.-G.
VIII. Kreis.
 Berlin: Fleischer, Berthold; Hansen, Karl; Schmidt, Ludwig; Schreier, Ernst.
X. Kreis.
 Gadebusch: Schäffer, S. (Fr. Renard).
 Gadersleben: Clausen, S.
 Hamburg: Brügge, Gebr.; O'Brien, R.
XII. Kreis.
 Flatow: Brandt, R. G., Nachf. (R. Bach).

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Druckereien gestrichen wurden die Firmen:

- Hermann Schött in Rheydt und Johs. Graffmann in Duisburg-Meiderich (II. Kreis);
 Oskar Lehner in Sebnitz (VII. Kreis);
 L. S. Emil Schulze in Berlin (VIII. Kreis).

Bekanntmachung.

Erschwahl für den Tarifausschuß.
II. Kreis. (Kreisretreterwahl) Dr. jur. Max Heimann (f. Ka. Kölner Verlagsanstalt und Druckerei U.-G.) in Köln, Prinzipalvertreter.

Wahlen zu den Schiedsgerichten.
 Augsburg. Gehilfenvorsitzender: D. Kahle, Siebigplatz 9.
 Erfurt (Prinzipalwahl) Friedrich Kirchner, Otto Stenger, Conrad, Kunath, Karl Kuebsam.
 Magdeburg. Gehilfenvorsitzender: Wilh. Demuth, Tischlererkungstraße 16 III.
 Berlin, 10. März 1909.
 Georg W. Hagenstein, L. S. Giesede, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Lüchtiger, solider I. Akzidenzseher

auch im Katalogsab erfahren, gesucht. Ausführl. Offerten mit Mustern und Gehaltsanforderungen erbeten an die Buchdruckerei Emil Hander, Karlsruhe (Baden). [439]

Erfahrener Maschinenmeister (Schweizerdegen), mit Gasmotor vertraut, der im Satz auswechseln kann, gesucht. Akquisiteur oder Vertriebskatter bevorzugt. [443] „Glaser Anzeiger“.

Lüchtige Schriftgießer

für Komplettmaschinen gesucht
 J. John Söhne, Hamburg. [392]

Russischer Seher

bewandert im Akzidenz-, Bellen Katalog, und Annoncenfabrik, auch für schlecht geschriebenes Manuskript, wünscht sich in Bawern u. entsprechend beachtliche Stellung zu verändern. Werte Offerten u. Nr. 442 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junger Maschinenmeister, an Schnell- und Ziegeldruckpresse lüchtig, sucht für Anfang April oder später tarifl. Kondition. Werte Off. erb. an E. Gutthardt, Ludwigstr. 116, Dresden, Nr. 116.

Rund- und Flachstereotypen

erste Kraft durchaus lüchtig und zuverlässig, in allen Manieren und Arbeiten der Stereotypie sicher und rationell arbeitend, verheiratet, sucht baldigst dauernden Posten. Werte Off. unter Nr. 448 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Interessiert Sie

Das Entwerfen und Skizzieren von Akzidenzen, so bestellen Sie umgehend den Setzerbrief 15 zum Preise von 1,50 Mk. Die textliche Reichhaltigkeit dieses Briefs ermöglicht an der Hand der beigegebenen Beispiele eine gründliche Orientierung auf betreffendem Gebiete. Bestellen Sie umgehend vom Verlag Julius Mäser, Leipzig-R.

Das praktische Handbuch:
 „Wohlfand beim kleinen Manne“
 von Erwin Kallischer
 will nach 10 Jähr. erprobt. Nachschlagen, darunter auch von Buchdruckern, in speziellen der großstädt. arbeitenden Bevölkerung, d. Weg z. ein. vernünftigen Lebensweise u. damit z. ein. Besch. d. Wohlfand auch des kleinen Mannes zeigen. Geg. Einl. v. 55 Pf. portofr. Juliend. Nachn. 30 Pf. teurer. [415] G. Feiler, Leipzig, Brüderstr. 37.

Berein von Berliner Buchdruckern zur gegenseitigen Unterstützung bei Frauensterbefällen.

Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Rassenhof, Alexandrinenstraße 44:

Ordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für 1907/08; 2. Verabschiedung.
 Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein [436] Das Kuratorium. Otto Walter, I. Kurator.

Diesemigen Mitglieder, welche mit Beiträgen im Rückstand sind, werden um sofortige Zahlung derselben ersucht, andernfalls würde auf Grund des Statuts der Ausschluss durch das Kuratorium vollzogen werden müssen.

Anhang zum Tarife

von Konrad Eichler.
 Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Vereen Verbandsfunktionäre sowie Georg Ebbich, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Erster Akzidenzseher

bewandert im Entwerfen buchhändlerischer und merantiler Arbeiten, gesuht. Werte Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und der seitherigen Konditionen sowie Beifügung selbstgefertigter Arbeiten unter Nr. 428 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Die christlichen Gewerkschaften.

Die unter diesem Titel zurzeit im „Korr.“ erscheinende und in der ersten Hälfte des nächsten Monats zu Ende gehende Artikelserie wird wie ihre Vorgänger ebenfalls in Broschürenform erscheinen. Sie bildet den Abschluß einer publizistischen Behandlung von miteinander in Zusammenhang stehenden gewerkschaftlichen und sozialen Problemen und Erscheinungen. Da aus technischen Gründen bereits vor Abschluß dieser Arbeit mit dem Druck der ersten Bogen begonnen werden muß, ersuchen wir dringend um schleunigste Aufgabe der gewünschten Exemplare, da ein Nachdruck nicht erfolgen kann. Der Preis beträgt 40 Pf. pro Exemplar. Bestellungen wolle man richten an L. Rezhäuser, Leipzig, Salomonstraße 8.

GRAPHISCHE VEREINIGUNG DRESDEN

Sonnabend, den 20. März, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Restaurant zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16:

LICHTBILDER-VORTRAG.

Die neuesten Ausgrabungen auf Kreta und Mykene. Vortragender: Herr Prof. Dr. R. BRÜCK.

Sonntag, den 21. März, nachm. 5 Uhr, im Restaurant „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße:

DRITTES STIFTUNGSFEST.

Anmeldungen für die Fachkurse an der Gewerbeschule für das Sommersemester werden noch bis zum 26. März im Sekretariate der Schule entgegengenommen.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Sonnabend, den 20. März:

:: XIII. Stiftungsfest ::

in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96-97.

Mitwirkende:
 Neues Tonkünstlerorchester unter Leitung des Herrn Hoffelder :: Erste Kräfte hiesiger Theater unter Leitung des Herrn A. Strasser.
 Der Eintritt ist für Mitglieder und deren Damen frei. Mitgliedsbuch legitimiert. Eintrittskarten für Gäste 0,50 Mk.

Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang präzise 8 1/2 Uhr.
 Eintrittskarten für Gäste sind in den Versammlungen beim Kassierer Walk und auf der Verwaltung beim Kollegen Teske zu haben.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellungen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Am 14. März verschied im Augustahospitale zu Brauns nach längerem schwerem Leiden an den Folgen einer Magenoperation unser lieber Kollege

Friedr. Guttman

aus Kauschen (Ostpr.), im Alter von 40 Jahren.
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten. [447] Ortsverein Graudenz.

Am 14. März verstarb nach langem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftsetzerinvalide

Albert Pieper

im 58. Lebensjahre.
 Sein Andenken wird in Ehren halten
 Der Ortsverein Magdeburg. [446]

Am 8. März verstarb unser wertos Mitglied, der Stereotypen

Alois Pradel

aus München, 59 1/2 Jahre alt, an Gehirnleiden.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [497] Die Mitgliedschaft München.

Am 9. März verstarb unser wertos Mitglied, der Setzerinvalide

Rob. Hohenhausen

aus Neuwittendorf, 82 1/2 Jahre alt, an Lungenleiden.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [498] Die Mitgliedschaft München.

Am 18. März verstarb hier nach 23wöchiger Krankheit unser treues Mitglied

Lorenz Kala

im 28. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [440] Der Ortsverein Posen.

Adressen für Zusendungen
 an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer:
 für Artikel und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: Ludwig Rezhäuser; Stereotypenbesitzer, Ausland und Gewerkschaftliches: Willi Feiler;
 Rundschau: Charles Schäffer;
 Verhandlungsrichtigen, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Ebbich;
 sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.